



Niederschrift

62. Plenarsitzung des Gemeinderates
26. März 2019, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

28.

Punkt 28 der Tagesordnung: Auswirkungen der Forstreform 2020

Antrag: SPD

Vorlage: 2019/0102

Beschluss:

Einverstanden mit der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Die Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 28 zur Behandlung auf.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Die Forstreform 2020 ist eine Reform, bei der man aus der Sicht unserer Fraktion zu Recht die Sinn- und Warumfrage stellen soll oder muss. Still und heimlich wird, mehr oder weniger an der Öffentlichkeit vorbei, eine gut funktionierende Struktur mutwillig zerschossen und neu strukturiert. Eine Neustrukturierung, die es beim besten Willen nicht braucht, auch wenn man die Entscheidung der zuständigen Gerichte und die Anforderung der Kartellbehörden zugrunde legt. Es gibt hinreichend Beispiele aus anderen Bundesländern, nehmen wir das von der CDU regierte Hessen, mit GRÜNEN als Juniorpartner oder nehmen wir die von der SPD regierte Rheinland-Pfalz mit GRÜNEN und FDP als Juniorpartnern. Hier funktioniert es anders, hier geht man so vor, dass man die Holzverwertung, die von den Kartellbehörden als problematisch angesehen wird, rausnimmt und man hier neue Strukturen schafft. Was passiert bei uns in Baden-Württemberg? Ein in seinem großen Erleben nicht zu bremsender Minister Hauk, wird nicht von dem zuständigen GRÜNEN Ministerpräsident Kretschmann gebremst, und setzt sich auf diese Art und Weise ein Denkmal, was in keiner Weise den Interessen der Stadt Karlsruhe entspricht, was nicht den Interessen der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der Bevölkerung und der Waldbewirtschaftung liegen kann. Es geht aus unserer Sicht darum, auch öffentlich ein Zeichen zu setzen. Die Verwaltung hat schon viel versucht, um Bewegung in eine doch sehr verfahrenere Situation hineinzubringen. Aber jegliche Vorschläge, hier einen guten Kompromiss zu finden, sei es die Pacht der Landesflächen oder sogar der Kauf der

Landesflächen, wurde vom zuständigen Minister in dem besagten Wahrnehmen und Größenerleben abgelehnt. Es wurde schon im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen und im Umweltausschuss darüber diskutiert. Ein gangbarer Weg wäre aus unserer Sicht, zumindest um die Interessen der Stadt Karlsruhe und der Karlsruhe Bürgerinnen und Bürger zu wahren, eine entsprechende Resolution auf den Weg zu bringen. Es ist aus der Sicht unserer Fraktion nicht nachvollziehbar, dass an anderen Stellen immer das hohe Lied der Bürgerbeteiligung gesungen wird, und hier ganz klar, gegen die Interessen der Bürgerschaft agiert wird. Die Bürgervereine als auch die oberrheinischen Waldfreunde haben dieses Thema auch schon aufgegriffen, und ich appelliere an die Parteien, die in Regierungsverantwortung in Stuttgart sind, hier auch noch mal massiv die Position Karlsruhes zu artikulieren. Es ist keine funktionierende Struktur, denn wir hätten hier in der Stadt Karlsruhe zwei beziehungsweise drei Zuständigkeiten, und das ist in keiner Weise wirtschaftlich noch im Sinne der Ökologie sinnvoll.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Der Wald gehört zu Karlsruhe und die Karlsruher lieben ihren Wald. Den Karlsruherinnen und Karlsruher ist es egal, in welche Zuständigkeit jetzt welches Stück des Waldes gehört, ob das jetzt der Kommunalwald oder der Staatswald ist, das ist ganz egal. Deswegen kann ich sagen, dass die Vorschläge im Antrag der SPD natürlich gute Vorschläge sind, die wir auch schon mehrfach eingebracht haben und wir auch ausdrücklich unterstützen. Wir sehen genau die gleiche Problematik, die neue Struktur scheint keine Vorteile zu bringen, eher Nachteile. Es ist schon angesprochen worden, die Zuständigkeiten, die es zukünftig gibt, die neuen großen Revierzuschneide, zum Beispiel von Rheinstetten hoch bis nach Schwetzingen, oder wenn ich den Bereich Rißnert sehe, der dann zukünftig zum Revierbereich in Heilbronn gehört, sind einfach auch für uns nicht nachvollziehbar. Aber wir haben auch am Freitag im Ausschuss gehört, dass eben auch vieles nicht geklärt ist, und es noch sehr viele offene Punkte gibt. Im Moment hat sich die Einbringung des Gesetzgebungsverfahrens noch mal verzögert, und es ist unsere Bitte an die Verwaltung, hier dann noch mal vorzusprechen beziehungsweise diese Beteiligung zu nutzen, wie das bisher auch schon der Fall war, das ist ganz klar. Wir unterstützen auf jeden Fall, wie wir es gemeinsam am Freitag besprochen haben, eine gemeinsame Resolution zu diesem Thema, weil das uns als CDU-Gemeinderatsfraktion auch sehr wichtig ist.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Ich kann jetzt nahtlos an dem anschließen, was Kollege Fechner und auch Kollegin Meier-Augenstein vorgetragen haben. Es ist allerdings so, dass wir in Karlsruhe eine Sondersituation haben. Es ist so, dass der Gemeinde- und Städtetag dieser Forstreform mit dem Ziel einer Anstalt des öffentlichen Rechts zugestimmt haben, und wir im Grunde in Karlsruhe die Situation haben, dass wir auf enger Fläche, nebeneinander fast überschneidend, kommunale und Landesflächen haben, und für uns, egal wie es jetzt aussieht, eine solche Reform, wenn sie so umgesetzt wird, natürlich gravierende Nachteile bringt. Die Sache ist aber nicht klammheimlich und in aller Stille erfolgt, sondern sowohl die Bürgervereine - insbesondere Herr Dr. Rempp ist sehr aktiv in dieser Angelegenheit - die Stadt, die Forstverwaltung und unsere Abgeordneten haben sich sehr stark in diese Sache eingebracht. Wir finden allerdings, und das muss man jetzt leider auch sagen, nirgendwo, bei keinem der 44 Stadt- und Landkreise, Bündnispartner, die sich mit uns dafür verkämpfen, weil die von dieser Problematik nicht betroffen sind. Das ist für uns ein großer Nachteil. Wir haben diese Situation, und nun müssen wir daran weiter arbeiten, denn es steht fest, auch wenn in der Antwort der Stadtverwaltung steht, dass die Details noch nicht feststehen. Wenn das so umgesetzt wird, wird es tatsächlich extreme Nachteile für uns in Karlsruhe bringen. Finanzielle Nachteile, aber auch von dem wunderbaren Karls-

ruher Konzept, die Stärkung der Biodiversität, Biotopentwicklung, Waldpädagogik, alles wird in unterschiedlichen Zuständigkeiten sein, und das ist natürlich nicht mehr das, was wir hatten. Insoweit muss man sagen, Resolution ist gut, wir müssen weiter machen. Ich hatte letzte Woche auch die Gelegenheit, mit dem Abgeordneten Pix aus der GRÜNEN-Fraktion zu sprechen. Der sagt, Minister Hauk will das unbedingt so durchsetzen und anschließend können dann Wege geöffnet werden, dass man dann im Nachhinein noch für Karlsruhe Möglichkeiten schafft. Ich hoffe, dass wir das machen. Wir werden gemeinsam mit der Stadtverwaltung, den Bürgervereinen und dem Gemeinderat dafür kämpfen, dass wir Lösungen finden, die alles weitgehend so beibehalten wie es ist.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Wir haben das Thema der Forstreform des Landes schon öfter zwischen den Fraktionen und der Verwaltung diskutiert, und wir waren im Prinzip immer einer Meinung, dass wir als Gemeinderat und Stadtverwaltung wollen, dass es in Karlsruher Hand bleibt. Wir haben auch schon Gespräche mit dem Land geführt, von daher war ich jetzt etwas überrascht, dass die SPD dazu noch einen Antrag stellt, weil ich dachte, dass im Prinzip, was darin steht, alles schon Konsens ist, zumindest von der breiten Mehrheit. Natürlich können wir dazu noch eine gemeinsame Resolution als Gemeinderat verfassen, aber sonst denke ich, die Punkte, die wirklich neu sind, sind ein bisschen etwas zur Information, um welche praktische Auswirkungen es geht. Teilweise wussten wir das schon, teilweise war klar, dass wir es noch nicht wissen können, aber das wäre dann aus meiner Sicht eher ein Anfragenthema gewesen. Aber vielleicht möchte die SPD einfach Öffentlichkeit für dieses wichtige Thema der Stadt Karlsruhe schaffen.

Stadtrat Hock (FDP): Ja, die SPD hat komplett recht, das noch mal in die Öffentlichkeit zu spielen, weil im Moment vielleicht ein bisschen Sand im Getriebe ist, weil der Minister, so wie ich von Forstleuten höre, nicht so richtig in die Gänge kommt. Vielleicht hat man jetzt noch einmal, ich weiß es nicht hundertprozentig, aber es könnte möglich sein, die Chance mit dieser Resolution und Ihnen, Herr Oberbürgermeister. Ich weiß, dass Sie ganz fest an unserer Seite stehen, man sollte vielleicht noch einmal einen Aufschlag machen und sagen, Leute das kann doch nicht euer Ernst sein und diese Rolle, die wir vor zwölf Jahren schon einmal mit allem Personal gemacht haben, jetzt noch einmal durchführen. Es ist alles wunderbar gelaufen, und dieses Gerichtsurteil haben wir auch noch gewonnen.

Ja natürlich, es steht im Koalitionsvertrag, ich weiß liebe Renate Rastätter, dass Du und deine Fraktion das auch kritisieren. Es steht drin, und der Minister möchte es durchboxen. Ich kann es nicht nachvollziehen, irgendwann kommen wir aber alle dahinter, warum es so kommt. Auch die CDU steht an unserer Seite, die sehen es genauso, das ist hier im Gemeinderat nicht selbstverständlich. Bei diesem Punkt sind wir uns komplett einig. Das finde ich, sollte man öffentlich machen. Deshalb bin ich der SPD dankbar, dass sie das jetzt noch einmal gebracht hat. Der Minister will die Gesetzgebung jetzt durchboxen, aber ich habe jetzt schon aus dem Landtag gehört, im Moment ist da noch Sand im Getriebe. Vielleicht könnte man noch einen Aufschlag machen, Herr Oberbürgermeister, vielleicht schreiben Sie noch einmal dem Minister, und sagen ihm, was unser Problem ist. Eines ist auch klar, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den Forstleuten stehen da und wissen gar nichts. Die bekommen zwar mal etwas angehaucht, Du könntest oder Du musst jetzt da mal hin, und vielleicht und so weiter - keiner weiß etwas genau. Deshalb finde ich es wirklich unmöglich, dass es so, wie jetzt gesagt, durchgezogen wird. Man hat es hier auch schon gesagt, wo der Reißnert dann zugeordnet wird, ist ein Ding der Unmöglichkeit, das muss man ganz klar sagen. Eines wird klar sein, wenn es durchgezogen wird, wird es für die Bevölke-

rung und für uns teurer. Dann wird nichts mehr umsonst sein, dann wird nichts mehr von uns als Stadt gemacht, dann wird alles vom Land gemacht, und dafür gibt es Rechnungen. Ich habe noch 15 Sekunden, Herr Oberbürgermeister, ich werde nicht darüber hinausgehen. Von daher gesehen, bin ich dankbar, dass dieser Gemeinderat bei diesem Punkt eine klare Linie hat, und deshalb bitte ich um die Resolution - wir sind gerne dabei.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir sind an dem Punkt, es ist alles gesagt, nur noch nicht von allen. Ich möchte für die AfD betonen, dass wir es ganz genauso sehen. Wir sind froh, um die Bemühungen der Stadt, den Forst zu übernehmen. Wir hoffen, dass es irgendwann gelingt. Ansonsten kann ich mich meinem Vorredner komplett anschließen, und wir möchten auch gerne bei dieser Resolution oder dem Appell mit dabei sein.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortbeiträge. So viel noch von mir, ich hatte eigentlich vor, nichts zu sagen: Es ist nicht so, dass es keinen Widerstand im Land gibt, der Städtetag hat sich ganz klar positioniert. Es ist zwar in Karlsruhe ein besonderer Sonderfall, aber es gibt noch weitere Städte, Freiburg, Reutlingen oder andere, die auch mit allen Mitteln gegen diese Forstreform im Vorfeld gekämpft haben, und es sicherlich noch weiter tun. Ich bin selten so behandelt worden, wie bei dem mit einem dreiviertel Jahr Vorlauf erzwungenen Gespräch mit dem zuständigen Minister, der gesagt hat, es gäbe überhaupt keine Probleme mit der Forstreform, das sei alles total toll, die Forstleute würden alle dahinter stehen, was nachweislich nicht stimmt, und was ich, denn jetzt als Vertreter der Stadt eigentlich von ihm wolle. Ich habe ihm angeboten, dass wir das Problem gerne lösen, indem wir den Wald kaufen, dann kann er an anderen Stellen Forstreform machen, wie er will, und wir müssen uns nicht mit allen Mitteln dagegen stemmen. Es ist schon erstaunlich, dass die so wichtige Wahlreform für die Kommunal- und Landtagswahl, die auch im Koalitionsvertrag steht, nicht umgesetzt wurde, und jetzt muss unbedingt diese Forstreform umgesetzt werden. Alle drei Punkte sind am Ende zu unserem Nachteil, das ärgert mich persönlich auch sehr.

Insofern nehme ich den Vorschlag gerne auf, dass wir versuchen, eine Resolution fachlich abzufassen, die jetzt nicht polemisch ist, die aber die Besonderheiten und Bedürfnisse der Stadt Karlsruhe formuliert, die würden wir Ihnen dann noch mal zur Abstimmung vorstellen. Ich glaube schon, dass wir in den letzten Jahren gemerkt haben, was es für einen großen Unterschied macht, ob wir den Wald letztlich verwalten oder nicht. Der dadurch erwachsende Vorteil, ist den Bürgerinnen und Bürgern eben nicht egal, und uns schon gar nicht. Von daher denke ich, ist es der richtige Weg, und ich bedanke mich an der Stelle für das einheitliche Votum der fachlichen Beurteilung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin: